

Deutschland: Liberale Juden in Bremen gründen eigene Gemeinde

Progressive Glaubensanhänger fühlen sich in der Jüdischen Einheitsgemeinde im Lande Bremen nicht zu Hause und arbeiten daran, eine Liberale Jüdische Gemeinde zu gründen.

Muss man erst eine jüdische Gemeinde gründen, um Jude werden zu können? Hartwig Hornbostel ist davon überzeugt. „Ich versuche seit Jahrzehnten zu konvertieren, aber das wird mir von der orthodoxen Gemeinde verwehrt.“ Deshalb wollen er und weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter eine liberale jüdische Gemeinde in Bremen gründen. „Das bedeutet unter anderem, dass Frauen gleichberechtigt sind in der Gemeinde und dass offen umgegangen wird mit der sexuellen Orientierung von Schwulen und Lesben.“



Vorbild ist die „Menorah Jüdische Gemeinde zu Bremerhaven“, die es in vier Jahren inzwischen bis zur Vereinsgründung gebracht hat. Das zweijährige Anerkennungsverfahren bei der Union progressiver Juden als Gemeinde läuft noch.

Soweit sind die Bremer noch längst nicht. „Seit den 90er-Jahren engagiere ich mich ehrenamtlich in der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen“, sagt Hornbostel. Schliesslich habe ihm die Einheitsgemeinde beschieden, er könne nicht zum Judentum wechseln, wenn nicht auch seine Ehefrau konvertieren würde. „Ich will aber Christin bleiben“, stellt Brigitte Hornbostel klar und ist sich einig mit ihrem Mann: Eine Scheidung kommt nach 48 Ehejahren nicht infrage. So gerne der 69-Jährige auch Jude werden will.

Gemeinsam mit ehemaligen Mitgliedern der Einheitsgemeinde, mit Unterstützern aus dem CDU-Ortsverein Vahr, dem Hornbostel angehört, und Sven Ohmstedt vom SPD-Ortsverein Schwachhausen-Süd-Ost soll nun das Fundament einer Liberalen Jüdischen Gemeinde gelegt werden. Die Bremerhavener Menorah-Gemeinde und ihr Vorsteher Mircea Ionescu beraten die Bremer. „Mitgliederwerbung, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit anderen Religionsgruppen“, zählt Hartwig Hornbostel auf, was gerade zu tun ist. „Bis November möchten wir die Vereinsgründung schaffen.“

Ursprünge im 18. Jahrhundert

Die Ursprünge des liberalen und reformorientierten Judentums in Deutschland reichen zurück bis ins 18. Jahrhundert. 1926 entstand unter Beteiligung des deutschen Rabbiners Leo Baeck die World Union for Progressive Judaism. Ihr gehört die deutschsprachige Union progressiver Juden an, zu der „26 Gemeinden im Inland und zwei kooptierte, in Wien und Luxemburg, gehören“, wie Generalsekretärin Irith Michelsohn sagt. Um eine Gemeinde ins Leben zu rufen, die von der Union anerkannt werden könne, müsse man einen Eintrag ins Vereinsregister vorweisen, vom Finanzamt anerkannte Gemeinnützigkeit, ein förmliches Gründungsprotokoll, die Überprüfung der Vorstandsmitglieder auf ihre jüdische Abstammung durch einen Rabbiner und ein „Programm überprüfbarer, langfristiger Aktivitäten“.

Dieser letzte Punkt beschäftigt die Union, was Bremerhaven betrifft: „Die Gemeinde müsste noch mehr Möglichkeiten zur regelmässigen Gottesdienstaübung bekommen“, sagt Generalsekretärin Michelsohn. Sie räumt ein, dass das unter den Bedingungen der Corona-Pandemie schwierig ist. Mircea Ionescu kann ein Lied davon singen, nicht nur weil liberale Gemeinden ihre Gottesdienste mit Musik feiern. Der bisher genutzte Raum in der Villa Schocken, in der in den Dreissigerjahren der Synagogenvorsteher der jüdischen Gemeinde Bremerhaven, Julius Schocken, mit seiner Familie ge-

wohnt hat, steht nicht mehr zur Verfügung: Die Arbeiterwohlfahrt betreibt dort eine Pflegeeinrichtung und muss deren Bewohner abschirmen.

Die Anerkennung spielt eine wichtige Rolle, wenn religiöse Gemeinschaften auf Geld aus Staatsverträgen mit dem Land Bremen hoffen. Aktuell wird ausser den Evangelischen Kirchen in Bremen die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen, der heilige Stuhl und die Islamische Religionsgemeinschaft Schura unterstützt. Zuletzt ist nach Angaben der Senatskanzlei die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage in Deutschland in Bremen 2017 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt worden.

Anerkennung von der Einheitsgemeinde gewünscht

Anerkennung wünschen sich Hornbostel und der Bremerhavener Gemeindevorsteher auch von der Einheitsgemeinde: „Aber man nimmt uns nicht wahr, auch die Politik nicht“, beklagt Mircea Ionescu. Der stellvertretende Vorsitzende der etwa 800 Mitglieder zählenden Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen, Grigori Pantijelew, will „Interna des Gemeindelebens und Probleme der Menschen nicht in der Öffentlichkeit ventilieren“. So viel sagt er dann aber doch: „Ich wiederhole meine Einladung, die Gemeindeleitung und den Rabbiner zu kontaktieren – auch in Sachen Neugründung.“

Die liberale jüdische Gemeinde in spe verfolgt unterdessen eigene Ziele: „Wir wollen, dass jüdisches Leben stärker in der Öffentlichkeit wahrnehmbar wird“, sagt Sven Ohmstedt. Und Hartwig Hornbostel ist überzeugt davon, dass viele Juden in Bremen die Eigenschaften einer liberalen Gemeinde zu schätzen wüssten und wechseln würden: Ausser der Gleichberechtigung von Männern und Frauen sind unter anderem das „Bekenntnis zur Demokratie und sozialer Gerechtigkeit innerhalb und ausserhalb der jüdischen Gemeinschaft“ Programm und „eine offene Haltung gegenüber der nichtjüdischen Gesellschaft“.

Etwa zehn Versuche habe er unternommen, bei christlichen Kirchengemeinden in Bremen Unterkunft zu finden, sagt der Bremer. „Die meisten haben gar nicht geantwortet. Es gab schon mal eine kleine jüdische Familie auf der Suche nach einer Unterkunft. Die Frau musste in einem Stall gebären...“ Inzwischen aber gebe es eine feste Zusage: „Die Volkshochschule überlässt uns einen Raum im Bamberger-Haus.“ Das bedeute ihm viel, sagt Hornbostel. Das einst als „Bambüddel“ bekannte Geschäft des jüdischen Kaufmanns Julius Bamberger im Faulenquartier war Bremens erstes modernes Kaufhaus, bis die Firma 1937 unter dem Druck der Nazis aufgelöst wurde und Bamberger mit seinen Kindern aus Deutschland flüchtete.

Weitere Informationen

Die Initiatorinnen und Initiatoren der Liberalen Jüdischen Gemeinde sind per E-Mail zu erreichen:

juedisch-liberale-gemeinde@gmx.de

Weser-Kurier / 19.7.2020